

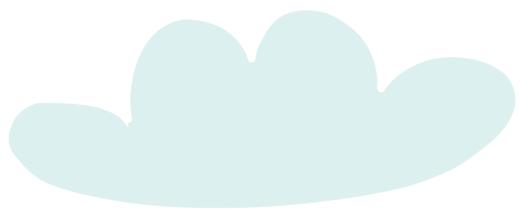
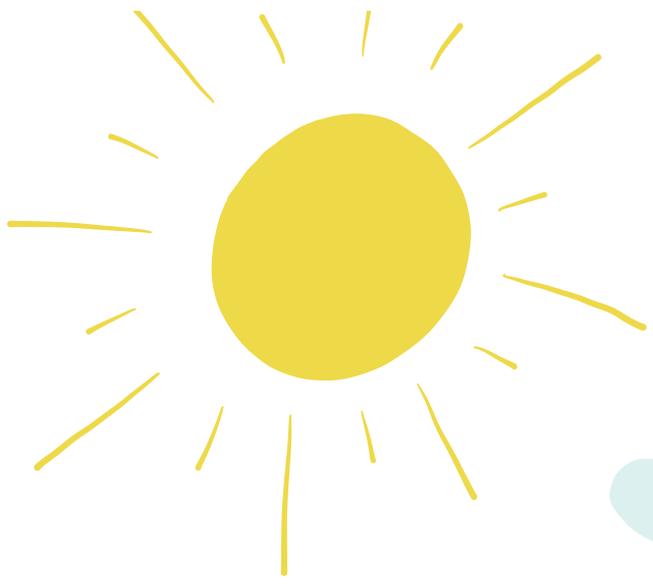
FAKTENCHECK

Energiearmut

• Antworten auf die 6 wichtigsten Fragen zu Energiearmut •



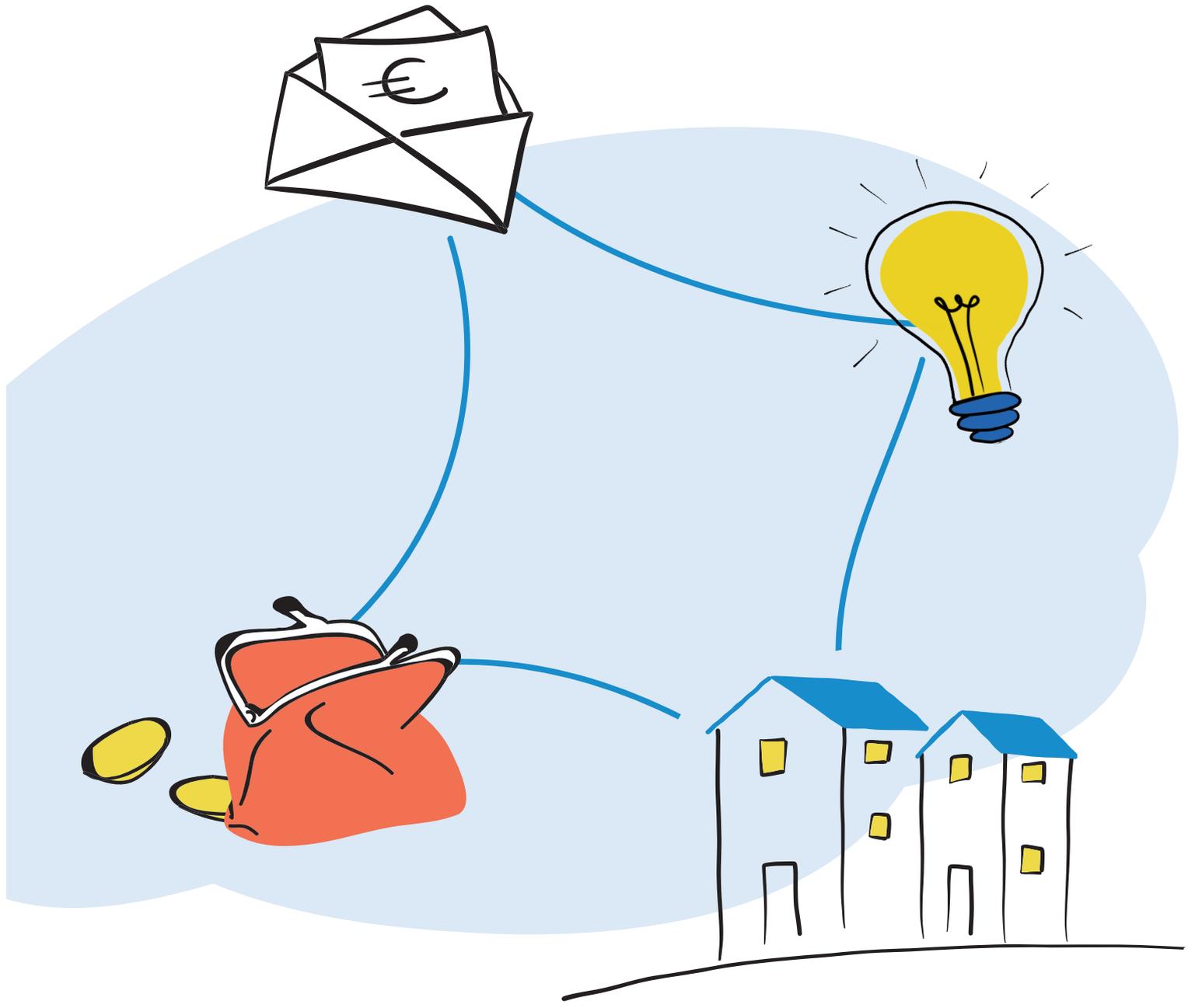
In Zusammenarbeit mit



Inhalt

	Vorwort	3
01	Warum ist eine sozial verträgliche Klimapolitik wichtig?	6
	Energiearmut in Zahlen	8
02	Was ist Energiearmut?	10
03	Welche Ursachen hat Energiearmut?	14
04	Welche Folgen hat Energiearmut für die Betroffenen?	20
05	Welche Maßnahmen wirken gegen Energiearmut?	22
06	Wie können Haushalte unterstützt werden?	28
	Quellenverzeichnis	30





Vorwort

Mehr als 130.000 Haushalte in Österreich können sich nicht leisten, in einer angemessen warmen Wohnung zu leben. Hinter dieser Zahl steht die Lebensrealität der Betroffenen: Sorge vor Mahnungen und Abschaltungen, Gesundheitsgefährdung durch Feuchtigkeit und Schimmel in der Wohnung, Einschränkungen bei Grundbedürfnissen, um am Ende die Strom- und Heizungsrechnung bezahlen zu können. In Österreich und Europa ist die Bekämpfung von Energiearmut daher ein wichtiger Baustein einer sozial verträglichen, gerechten Klimawende, in der alle Menschen ein CO₂-neutrales „gutes Leben“ führen können.

Die Bekämpfung von Energiearmut erfordert die Zusammenarbeit vieler Akteur:innen auf Bundes-, Landes- und Gemeindeebene: Abteilungen für Wohnen, Soziales und Energie in den Gebietskörperschaften, Energieunternehmen, Sozialorganisationen, Bauträger und Gebäudeeigentümer:innen sowie die Betroffenen selbst. Die nationale Koordinierungsstelle zur Bekämpfung von Energiearmut (kea) bündelt die breit gefächerten Aktivitäten all jener Beteiligten und stimmt sie aufeinander ab. Diese brauchen in der Praxis aber letztlich eine entsprechende gemeinsame Arbeitsgrundlage, d. h. ein gemeinsames Verständnis, wie sich Energiearmut in der Lebensrealität der Betroffenen zeigt und welche Ursachen dahinterstehen – genau das soll dieser Faktencheck leisten.

Daher widmen wir uns darin eben jenen Ursachen und Hintergründen, genauso wie allgemeinen Zahlen, den Folgen für die Betroffenen und den möglichen Maßnahmen gegen Energiearmut. Am Ende des Faktenchecks bieten wir außerdem einen Überblick, wie betroffene Haushalte im Ernstfall unterstützt werden können.



Bernd Vogl
Geschäftsführer Klima- und
Energiefonds



Caroline Nwafor
Leiterin Koordinierungsstelle zur
Bekämpfung von Energiearmut (kea)

01 Warum ist eine sozial verträgliche Klimapolitik wichtig?

Vulnerable Gruppen sind überproportional vom Klimawandel und von der Klimapolitik betroffen. Sie sollten daher in Politikstrategien besonders berücksichtigt werden.

Manche Menschen sind stärker vom Klimawandel betroffen

Die Veränderungen infolge des Klimawandels und die klimapolitischen Maßnahmen zur Minderung dieser Veränderungen betreffen zwar alle Menschen in Österreich, manche aber stärker als andere^[2]. Der Klimawandel führt zu mehr Hitzetagen und stärkeren Niederschlägen^[3]. Vulnerable Gruppen leben häufiger in Wohnverhältnissen, in denen sie schlechter vor diesen Klimaveränderungen geschützt sind. Zusätzlich haben sie weniger finanzielle und soziale Ressourcen, um sich anzupassen.^{[4], [5]}

Klimapolitische Maßnahmen setzen auf Technologien wie Wärmepumpen, E-Autos und Photovoltaik, oder verteuern fossile Brennstoffe. Vulnerable Gruppen können schwieriger in diese Technologien investieren^[6] und sind stärker von Konsumsteuern wie einer CO₂-Steuer betroffen, weil sie einen höheren relativen Anteil ihres Einkommens für Konsum ausgeben^{[7], [8]}.

Klimapolitik kann Ungleichheiten ausgleichen

Klimapolitische Maßnahmen ohne soziale Ausgleichsmechanismen können daher bestehende Ungleichheiten verschärfen. In Österreich sind die Pro-Kopf-CO₂-Emissionen des obersten 1 % mehr als 20-mal so hoch wie jene der unteren 50 % der Einkommensverteilung^[6]. Gründe dafür sind u.a., dass Armutsbetroffene in kleineren Wohnungen leben, seltener ein Auto besitzen und weniger Fernreisen unternehmen. Armutsbetroffene tragen also weniger zum Klimawandel bei, sind aber stärker von seinen Folgen und klimapolitischen Maßnahmen betroffen. Eine sozial verträgliche Klimapolitik soll dieses Ungleichgewicht im Vergleich zu Bevölkerungsgruppen mit höherem Einkommen ausgleichen.

Es geht um die Erfüllung von Grundbedürfnissen

Sozial verträgliche Klimapolitik soll Grundbedürfnisse sichern, die in der Europäischen Sozialcharta und den UN-Zielen für nachhaltige Entwicklung verankert sind^{[9], [10]}. Dazu gehört etwa das Bedürfnis nach leistbarem Wohnen mit einem ausreichenden Standard. Eine sozial verträgliche Klimapolitik gewährleistet zudem eine breite Akzeptanz der Bevölkerung für eine umfassende gesellschaftliche Transformation^[11] und hat durch die Prävention von Einkommensarmut auch positive volkswirtschaftliche Effekte^[12].

Vulnerabilität hat viele Facetten

Eine sozialverträgliche Klimapolitik muss sich mit verschiedenen Themen auseinandersetzen^[6]: Mobilitätsarmut, d. h. der eingeschränkte Zugang zu Mobilitätsdienstleistungen wegen hoher Ticketkosten oder schlechter Verkehrsanbindung, verringert die Möglichkeiten zu sozialer Teilhabe^[22]. Naturgefahrenrisiken betreffen stärker Personen, die über geringere materielle und soziale Ressourcen verfügen, um Eigenvorsorgemaßnahmen umzusetzen oder den Wiederaufbau zu bewältigen^[23]. Der Zugang zu Infrastruktur wie Gesundheits- und Pflegeeinrichtungen sowie Naherholungsmöglichkeiten ist z. B. während Hitzewellen besonders wichtig. Energiearmut ist eine weitere Facette von Vulnerabilität. Vulnerable Gruppen sind allerdings nicht homogen. Es sind vielfältige Lebenssituationen und Problemlagen, die zu Vulnerabilität führen^[11]. Sozialverträgliche Klimapolitik im Allgemeinen und Energiearmutsbekämpfung im Besonderen erfordern daher einen breit gefächerten Blick auf die Ausprägungen und Ursachen von Benachteiligung.

Energie ist ein Grundbedürfnis

Zahlreiche Strategien und Berichte auf internationaler, Bundes- und Länderebene unterstreichen daher das Ziel einer sozial verträglichen Klimapolitik^[6],^[11]. Energiearmut ist ein Querschnittsthema zwischen Klima-, Sozial- und Gesundheitspolitik, insbesondere im Politikfeld Wohnen^[13],^[14],^[15]. Sozial- und Gesundheitsstrategien setzen auf einen breiten Zugang zu leistbarem und gesundem Wohnen, um Armut und sozialer Exklusion entgegenzuwirken^[6]. Auch Klimastrategien adressieren Wohnen, weil ein knappes Fünftel der österreichischen Treibhausgasemissionen auf den Gebäudesektor entfallen^[16]. Mehrere EU-Richtlinien und Verordnungen verpflichten Österreich zur umfassenden Renovierung des Gebäudebestands unter Berücksichtigung der Wirkungen auf Energiearmut^[17],^[18],^[19],^[20]. Begleitende Instrumente wie der Klimasozialfonds sollen sicherstellen, dass energiearmutsbetroffene und andere vulnerable Haushalte durch diese Richtlinien bessergestellt werden^[21].



Armutssensible Kommunikation

In der Kommunikation mit und über Menschen mit Armutserfahrung ist eine wertfreie Sprache unerlässlich. Armutssensible Sprache beschreibt Armut (oder Energiearmut) als strukturelles Problem (anstatt als individuelles Verschulden) und vermeidet das Verstärken von Stereotypen und die Stigmatisierung von Betroffenen durch abwertende oder defizitorientierte Begriffe. Passend sind neutrale Formulierungen wie „Menschen mit Armutserfahrung“, „armutsbetroffen“ oder „Menschen mit geringem Einkommen“^[1].

Energiearmut in Zahlen



4 %

13 %

der Ein-Eltern-Haushalte in Österreich geben 2023 an, ihre Wohnung nicht angemessen warm halten zu können. ^[36]



der Haushalte in Österreich geben 2023 an, ihre Wohnung nicht angemessen warmhalten zu können. ^[36]

Von Energiearmut Betroffene leiden

57 %

häufiger unter chronischen Krankheiten. (49 % der Gesamtbevölkerung) ^[24]



28 %

Energiearmut erhöht das Asthmarisiko bei Kindern und Jugendlichen um das

der Kinder und Jugendlichen, die von Energiearmut betroffen sind, leiden unter psychischen Erkrankungen, bei jungen Menschen in warmen Wohnungen sind es 4 %^[25].



1.5- bis
3-fache.^[25]

Im Jahr 2023 gab es

35.698

Abschaltungen. (Abschaltrate von 0,69 % aller Haushalte)^[79]

02 Was ist Energiearmut?

Energiearmut beschreibt eine Situation, in der Haushalte nicht oder nur unzureichend in der Lage sind, ihre Energiebedürfnisse und grundlegende Lebens- und Gesundheitsstandards mit ihren verfügbaren Ressourcen angemessen zu decken.

Dies umfasst etwa das Heizen und Kühlen von Wohnräumen, die Beleuchtung, den Betrieb von Haushaltsgeräten oder den Zugang zu digitalen Technologien. Energiearmut betrifft nicht nur jene, die sich Energie überhaupt nicht leisten können, sondern auch Haushalte, die aufgrund ihrer Energieausgaben erheblichen finanziellen Druck erleben oder ihren Verbrauch so stark reduzieren müssen, dass ihr Alltag und ihre Lebensqualität beeinträchtigt sind.

Definition von Energiearmut

Der Nationale Energie- und Klimaplan (NEKP) schlägt die Beschreibung von Energiearmut anhand zweier Dimensionen vor^[26]:

Als energiearm gelten

- (1) Haushalte mit einem Einkommen unter der Armutsgefährdungsschwelle und überdurchschnittlich hohen Energieausgaben für Wohnen oder
- (2) Haushalte, die es sich nicht leisten können, ihre Wohnung angemessen warmzuhalten.

Nach europäischem Recht sind Mitgliedsstaaten verpflichtet, eine Definition von Energiearmut gesetzlich zu verankern^{[20], [27], [28]}. Diese Umsetzung ist in Österreich per Februar 2025 noch nicht erfolgt. Mit einer einheitlichen Definition werden bundes-, länder- und gemeindeübergreifende Kriterien für Unterstützungsleistungen von Haushalten in Energiearmut geschaffen.



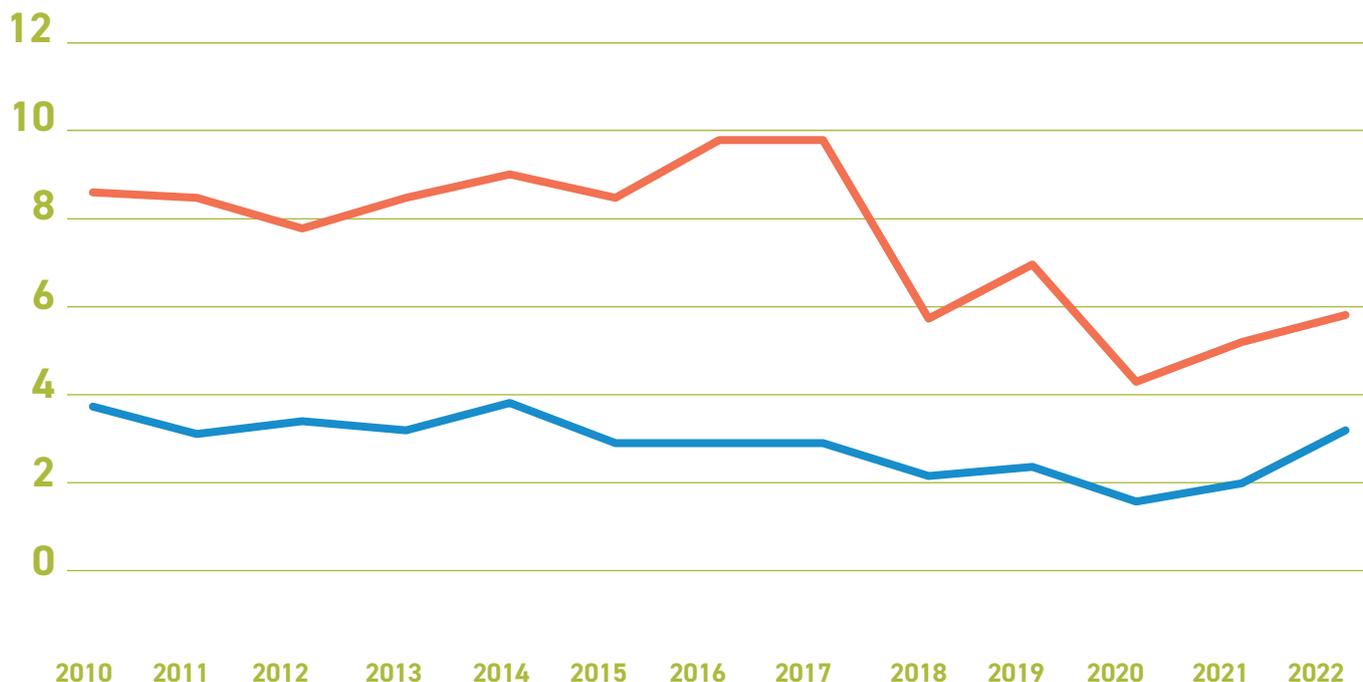
Indikatoren zur Messung

Um die unterschiedlichen Facetten von Energiearmut abbilden zu können, werden sowohl Angaben zu Einkommen und Energieausgaben herangezogen als auch Selbsteinschätzungen zur Leistbarkeit des Heizens erfasst.

Energiearm <i>hohe Kosten</i>	Energiearm <i>Heizen nicht leistbar</i>
Armutgefährdete Haushalte mit überdurchschnittlich hohen Ausgaben für Energie beim Wohnen	Haushalte, die nicht in der Lage sind, ihre Wohnung angemessen warmzuhalten
Armutgefährdungsschwelle bei < 60 % des medianen Haushaltseinkommens Schwellenwerte/Monat in 2022*: € 1.392 Einpersonenhaushalt € 2.924 2 Elternteile und 2 Kinder > 140 % der medianen Energie-kosten entspricht € 171/Monat in 2022*	“Können Sie sich leisten, die gesamte Wohnung angemessen warm zu halten?”
Mikrozensus Energie: 134.100 von Energiearmut betroffene Haushalte --> 3,3 % der Bevölkerung EU-SILC: 146.300 von Energiearmut betroffene Haushalte --> 3,6 % der Bevölkerung	EU-SILC: 129.500 von Energiearmut betroffene Haushalte --> 3,2 % der Bevölkerung

* Aus Gründen der Vergleichbarkeit und Verfügbarkeit, stammen alle angeführten Zahlen aus 2022. Aktuelle Schwellenwerte finden Sie bei „Statistik Austria“ <https://www.statistik.at/statistiken/bevoelkerung-und-soziales/einkommen-und-soziale-lage/armut> oder „Die Armutskonferenz“, <https://www.armutskonferenz.at/armut-in-oesterreich/aktuelle-armuts-und-verteilungszahlen.html>

Energiearmut in Prozent



- Heizen nicht leistbar, Gesamtbevölkerung
- Heizen nicht leistbar, armutsgefährdete Haushalte

Energiearmut (Heizen nicht leistbar) als Prozentsatz der Gesamtbevölkerung und der armutsgefährdeten Bevölkerung im Zeitraum 2010 – 2022: Die Betroffenheit innerhalb der armutsgefährdeten Bevölkerung ist in allen Perioden höher. Dies zeigt, dass Armutsgefährdung das Risiko für Energiearmutsbetroffenheit erhöht. Der Anteil an Energiearmutsbetroffenen in der Gesamtbevölkerung ist weitgehend konstant. (Eigene Darstellung auf Datengrundlage von: Statistik Austria, EU-SILC 2010 - 2022)

Die verschiedenen Indikatoren für Energiearmut überlappen nur teilweise^[30]. Es gibt noch eine Reihe weiterer Indikatoren, die verschiedene Facetten von Energiearmut abbilden. Diese finden sich z. B. in einer detaillierten Betrachtung der Statistik Austria^[29], im Nationalen Energie- und Klimaplan (NEKP)^[26], im Monitoring-Konzept der Koordinierungsstelle zur Bekämpfung von Energiearmut^[80] oder auch auf EU-Ebene in Empfehlungen der

Kommission^[31] oder des Energy Poverty Advisory Hub^[32]. Die bestehende Datenlage erfasst dabei vor allem finanzielle Aspekte wie Einkommen und Energieausgaben. Indikatoren zur Energieeffizienz der Wohnsituation sind aufgrund der unzureichenden Datenlage häufig nicht enthalten, sollten aber Teil einer umfassenden Definition sein^[33].

Datenquellen

Für eine angemessene Darstellung der unterschiedlichen Facetten von Energiearmut ist eine Kombination unterschiedlicher Datenquellen empfehlenswert [34]. Aufgrund der teils geringen Stichprobengrößen bei manchen Indikatoren sind Schwankungen zwischen den Erhebungsjahren mit Vorsicht zu interpretieren, da sie auch durch statistische Ungenauigkeiten zustande kommen können.

Erhebung	Vorteile	Nachteile
Mikrozensus Energie (Zusatzmodul bei Wohnungs- und Arbeitskräfteerhebung) n= ca. 8.500 ^[35]	detaillierte Daten zu Wohnsituation, Heizenergieverbrauch, Gebäudeeffizienz, Energiekosten	große Abstände zwischen Erhebungen (2 Jahre)
EU-SILC Statistics on Income and Living Conditions n= ca. 6.000 ^[36]	kontinuierliche Erhebung, Selbsteinschätzungen zu sozialen und finanziellen Aspekten von Energiearmut, ermöglicht europäische Vergleiche	kann Krisen schlecht abbilden, weil Datenerhebung und Auswertung einen längeren Bearbeitungszyklus haben
„So geht’s uns heute“ n= ca. 3.000 ^[37]	quartalsmäßig; kann kurzfristige Entwicklungen gut abbilden, verwendet deckungsgleiche Fragenformate wie EU-SILC	größerer Messfehler bei Mehrpersonenhaushalten, da Zufallsauswahl einer Auskunftsperson für den gesamten Haushalt ^[34]



Energiearmut ist das Gleiche wie Armut?

Nein! Energiearmut und Armut sind zwar eng miteinander verknüpft, aber nicht deckungsgleich^[38]. Auch Haushalte mit mittleren Einkommen können aufgrund ineffizienter Wohnbedingungen oder hoher Energiekosten von Energiearmut betroffen sein. Deshalb sind für treffsichere Maßnahmen weitere belastbare Daten (z. B. zu Energieeffizienz) notwendig.

03 Welche Ursachen hat Energiearmut?

Die Hauptursachen für Energiearmut sind ineffiziente Wohnbedingungen, hohe Energiepreise und niedrige Einkommen, das Verhalten spielt eine untergeordnete Rolle.

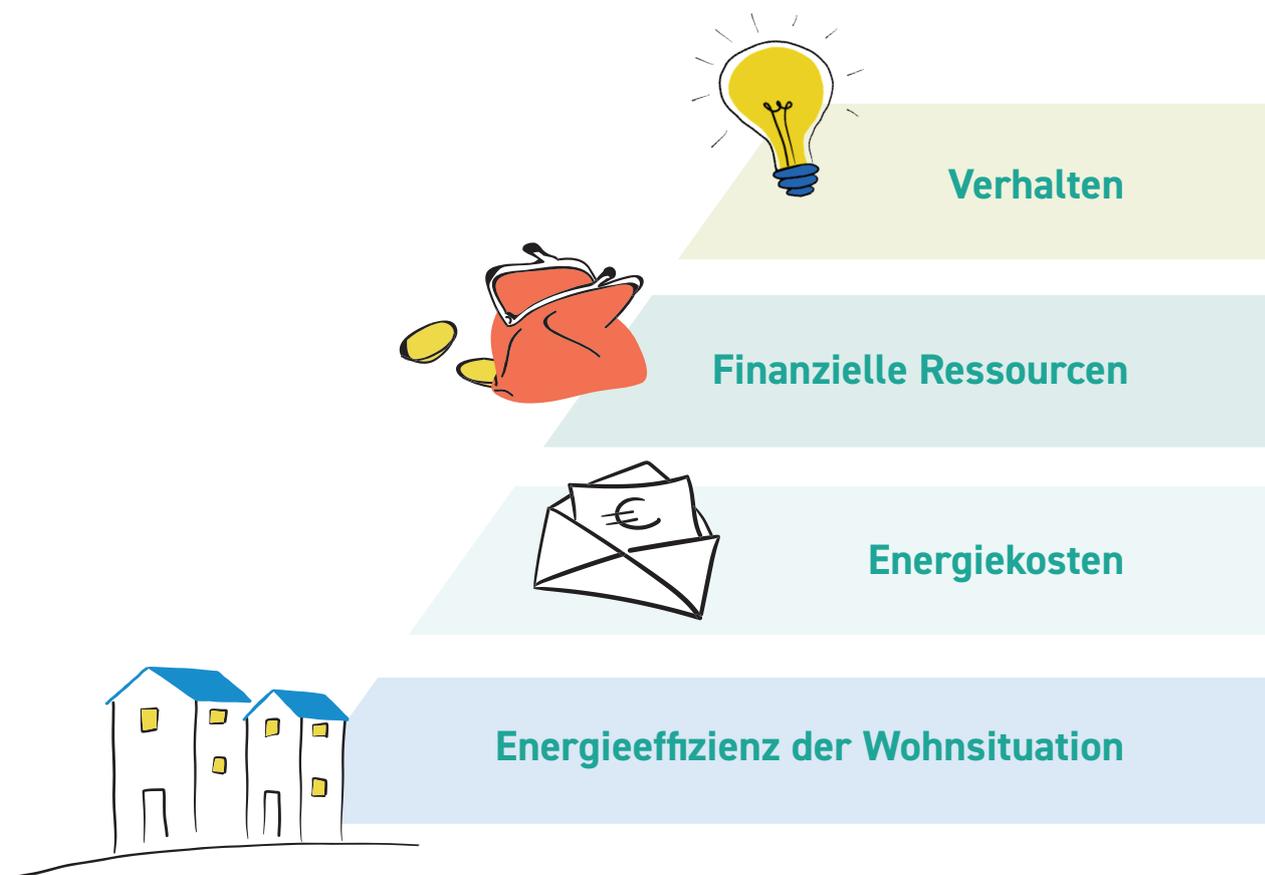
Niedrige Energieeffizienz

Die Energieeffizienz von Gebäuden und Heizsystemen bestimmt, wie viel Energie für gesundes Wohnen nötig ist. Aufgrund der oftmals geringeren Mietpreise leben Personen mit geringem Einkommen häufiger in alten, unsanierten Gebäuden, die durch ihren hohen Energiebedarf hohe Heiz- und Betriebskosten verursachen^[29]. 2022 leben rund 45 % der Energiearmutsbetroffenen in Gebäuden, die vor 1960 gebaut wurden, im Vergleich dazu 29 % der nicht Betroffenen^[29]. Diese Gebäude benötigen jährlich 41 % mehr Energie als Neubauten, die ab 2006 gebaut wurden^[39]. Da viele Betroffene zur Miete wohnen, oder das Geld für Sanierungen fehlt, können sie ihre schlechten Wohnbedingungen kaum eigenständig verbessern^[33]. Durch hohe Mietkosten, kulturelle Barrieren oder andere Einschränkungen im Zugang zum Wohnungsmarkt können Menschen mit niedrigem Einkommen oft nicht in energieeffizientere Wohnverhältnisse umziehen^[11].

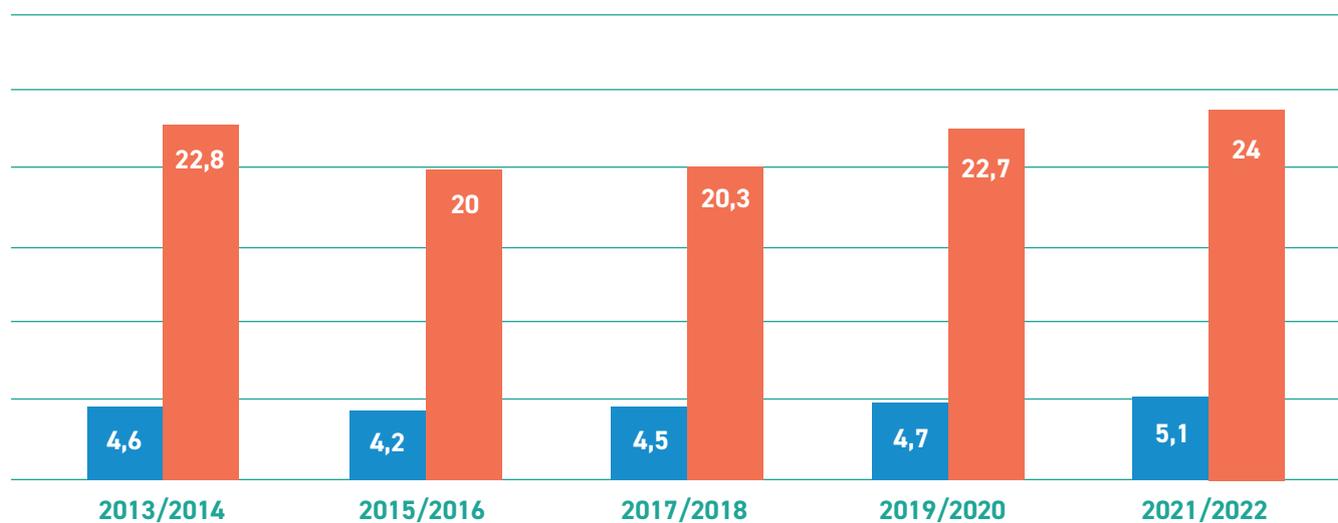
Hohe Energiepreise

Steigende oder hohe Energiepreise erschweren es, Energierechnungen zu bezahlen. Armutsgefährdete Haushalte haben höhere relative Energiekosten und kaum finanzielle Rücklagen – sie sind daher besonders von Preisänderungen betroffen. Energiepreisschwankungen werden durch geopolitische und ökonomische Faktoren, wie etwa den russischen Angriffskrieg in der Ukraine, aber auch durch klimapolitische Maßnahmen wie etwa die CO₂-Steuer beeinflusst^[40].





Energiekosten in Prozent des Haushaltseinkommens



- Gesamtbevölkerung
- Energiearmut – hohe Kosten

Anteil der Energiekosten am gesamten verfügbaren Einkommen in der Gesamtbevölkerung und bei armutsgefährdeten Personen mit überdurchschnittlich hohen Energiekosten (Energiearmut – hohe Kosten): Die relativen Energiekosten der energiearmutsbetroffenen Haushalte sind in allen Erhebungsjahren um ein Vielfaches höher als jene der Gesamtbevölkerung. (Eigene Darstellung auf Datengrundlage von: Wegschneider-Pichler, A., Lamei, N., & Gußenbauer, J. (2024). Dimensionen der Energiearmut in Österreich 2021/22. Statistik Austria.)

Niedriges Einkommen

Menschen mit niedrigem Einkommen können ihre Wohnung oft nicht angemessen heizen. 8 % der armutsgefährdeten Haushalte sind gleichzeitig von Energiearmut betroffen, verglichen mit 3,6 % in der Gesamtbevölkerung^[41]. Besonders betroffen sind Ein-Eltern-Familien, kinderreiche Familien und ältere Menschen – vor allem Frauen, da diese öfter alleiniges Sorgerecht haben und geringere Pensionen beziehen. 3 % der Frauen zwischen 35 und 49 Jahren können es sich nicht leisten, ihre Wohnung angemessen warm zu halten (Männer: 2 %), bei den 50- bis 64-Jährigen sind es 4 % der Frauen

(Männer: 3 %). Auch Personen mit Migrationshintergrund sind überdurchschnittlich oft von Energiearmut betroffen: während es sich 2 % der österreichischen Staatsbürger:innen nicht leisten können, ihre Wohnung angemessen warmzuhalten, sind es bei den eingebürgerten Personen aus nicht-EU/EFTA- Staaten 10 %. Bei Nicht-Staatsbürger:innen außerhalb der EU sind 7 % von Energiearmut betroffen^[42]. Zudem sind Mieter:innen, Personen mit niedrigem Bildungsabschluss, und Bewohner:innen von Gebäuden, die vor 1960 errichtet wurden, öfter von Energiearmut betroffen^[43].



	Energiearmut Haushaltsenergie nicht leistbar	Energiearmut hohe Kosten	Energiearmut Heizen nicht leistbar
	STATISTIK AUSTRIA, So geht's uns heute (Q3/2024)	Mikrozensus Energie (2021/22)	EU-SILC (2022, Einkommensjahr 2021)
Energiearmutsbetroffenheit: Durchschnitt aller Haushalte	3,6 %	3,3 %	3,2 %
niedriges Einkommen	8 %		
von Arbeitslosigkeit betroffen	6 %		
Ein-Eltern-Haushalt	5 %		
Haushalt mit drei oder mehr Kindern	10 %		
Alter		75 Jahre und älter: 4,4 %	35 bis 54 Jahre: 3,9 %
Miete (Nicht-Eigentum)		3,6 %	4,4 %
Höchstens Pflichtschulabschluss		8,1 %	8,7 %
Baujahr bis 1960		5 %	4,6 %

überdurchschnittlich
betroffene
Gruppen

Verhalten

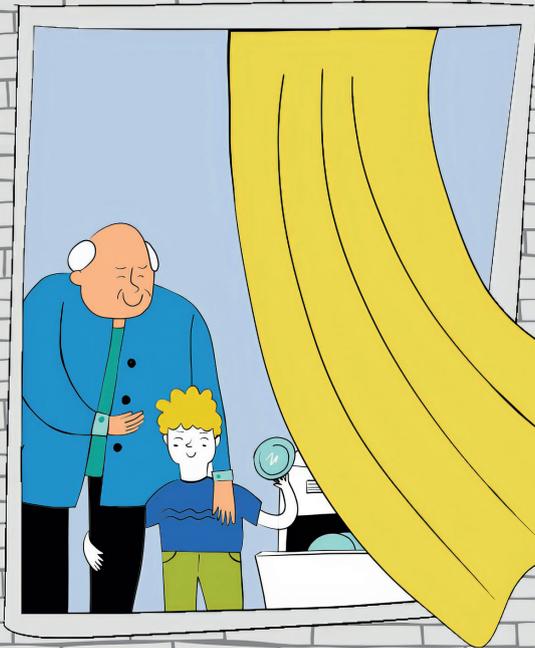
Energieverbrauch hängt auch vom Konsumverhalten ab. Armutsgefährdete Haushalte haben jedoch einen kleinen Spielraum, ihren Energieverbrauch weiter zu senken. Dabei spielen oft soziale und gesundheitliche Faktoren eine Rolle: Haushalte mit gesundheitlichen Einschränkungen und ältere Personen benötigen mehr Energie für Heizen oder medizinische Geräte. Gleichzeitig sind diese oft stärker von Energiearmut betroffen und haben weniger Möglichkeiten zur Anpassung.

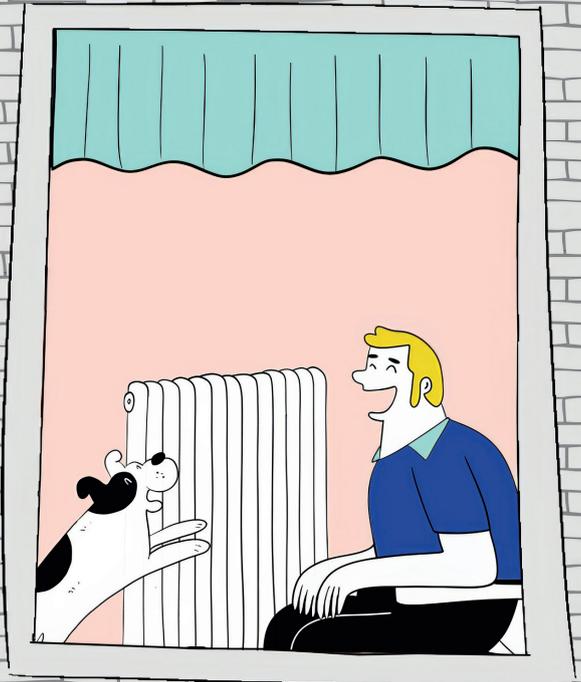
Mehr als ein Drittel der Armutsbetroffenen spart Energie, um die Kosten gering zu halten^[44]. Eine andere Studie findet einen noch höheren Anteil von 95 %^[45]. Energiearmutsbetroffene wenden 42 % mehr Energie für Heizen auf als nicht Betroffene, verbrauchen jedoch 20 % weniger Energie für Warmwasser und 6 % weniger Energie für Kochen^[41]. Die Hälfte der Armutsbetroffenen schränkt Energieverbrauch zugunsten alltäglicher Bedürfnisse für Freizeitaktivitäten, Kleidung, Essen oder soziale Kontakte ein^[15].



Energiearmut ist selbstverschuldet?

Falsch. Die Vorstellung, dass Energiearmut durch falsche Entscheidungen oder exzessiven Energieverbrauch selbstverursacht ist, greift zu kurz und verhindert effektive Maßnahmen gegen Energiearmut. Ein zu starker Fokus auf das Verhalten fördert Maßnahmen, die nur vordergründige Symptome behandeln, statt tatsächliche Ursachen zu adressieren. Dazu gehört etwa der Gebäudezustand, hohe Energiekosten oder prekäre Arbeitsverhältnisse. Daher ist es wichtig, ein größeres Bewusstsein für die tatsächlichen Ursachen von Energiearmut, für die ungleiche Verteilung von Armutsrisiken in der Bevölkerung sowie für strukturelle Maßnahmenpakete in Politik und Gesellschaft zu schaffen^[46].





04 Welche Folgen hat Energiearmut für die Betroffenen?

Energiearmut belastet Betroffene durch ungesunde Wohnbedingungen, die Einschränkung von grundlegenden Bedürfnissen und psychosozialen Stress.

Gesundheitliche Auswirkungen

Dauerhaft niedrige Raumtemperaturen unter 16 °C erhöhen das Risiko für Atemwegserkrankungen, Raumtemperaturen unter 12 °C das Risiko für Herz-Kreislauf-Erkrankungen (z. B. Bluthochdruck, Schlaganfall)^[47]. Niedrige Raumtemperaturen fördern zudem Feuchte- und Schimmelbildung, die das Risiko für chronische Atemwegserkrankungen weiter erhöhen. 57 % der Energiearmutsbetroffenen leiden an chronischen Krankheiten (vgl. 49 % der Gesamtbevölkerung)^[24]. Energiearmut verringert den physischen Gesundheitsscore der WHO um 8,1 %^[24]. Hohe Raumtemperaturen in schlecht isolierten Gebäuden während sommerlicher Hitzewellen führen zu Kreislaufbelastungen bis hin zu Hitzekollaps^[3].

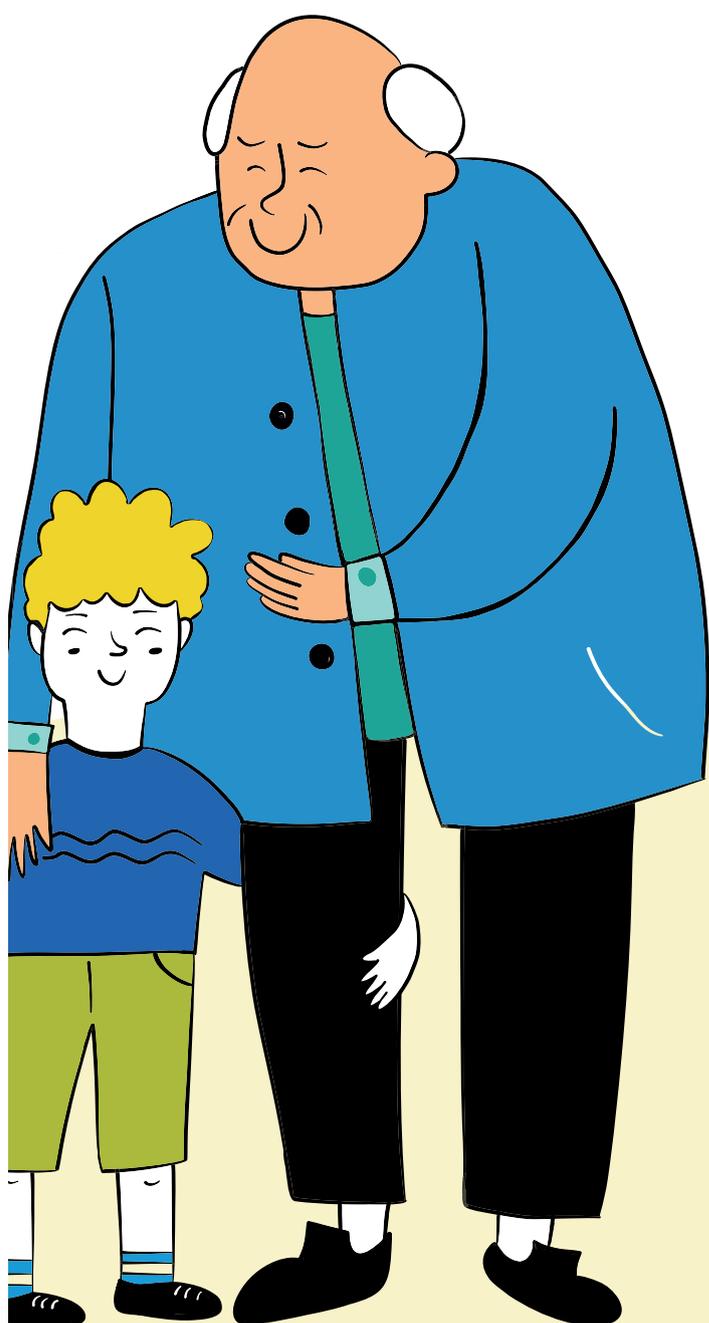
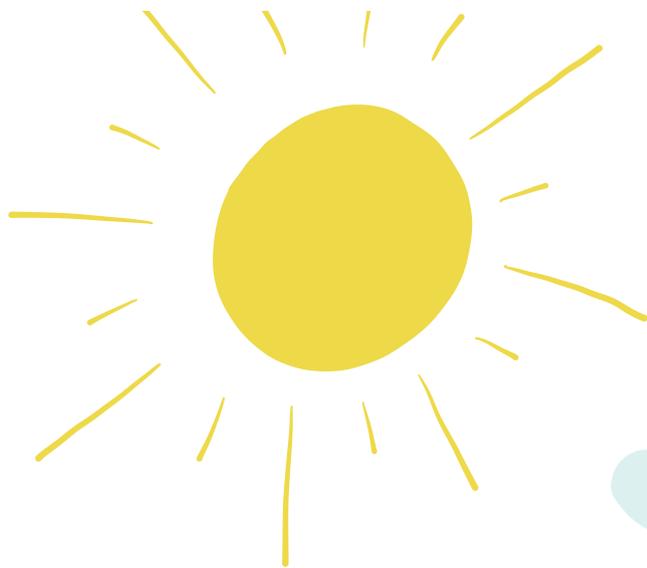
Energiearmut führt zu Konsumeinschränkungen

Es steht weniger Geld für ausgewogene Ernährung, Medikamente, medizinische Versorgung oder Erholungs- und Freizeitmöglichkeiten zur Verfügung. Dies kann negative Auswirkungen auf die körperliche und psychische Gesundheit haben^{[15], [48]}.

Psychosoziale Belastung

Zahlungsschwierigkeiten und Kälte verursachen dauerhaften Stress. Energiearmut begünstigt Depressionen und Angstzustände und erhöht das Risiko von Isolation und sozialer Ausgrenzung^[49]. Oft fehlt das Geld, um an gemeinsamen Aktivitäten teilzunehmen oder Freund:innen und Familie einzuladen. Die Isolation wird durch Scham und Stigmatisierung verstärkt^[50]. Der mentale Gesundheitsscore verringert sich bei Energiearmut um durchschnittlich 3,8 %^[24].





Besonders betroffen sind Frauen, insbesondere alleinerziehende Frauen, ältere Menschen und Kinder und Jugendliche

Schlechte Wohnbedingungen beeinträchtigen langfristig die Gesundheit. Bei von Energiearmut Betroffenen steigt das Asthmarisiko um das 1.5- bis 3-fache und 28 % leiden unter psychischen Erkrankungen (gegenüber 4 % in warmen Wohnungen)^{[25], [51]}.

Auch der Bildungserfolg wird durch Konzentrationsprobleme und krankheitsbedingte Fehlzeiten beeinträchtigt^[52]. Ältere Menschen verbringen viel Zeit zu Hause und leiden häufiger unter Vorerkrankungen wie Arthritis oder Rheuma. Ihr Herz-Kreislauf-System reagiert empfindlicher auf Kälte, was zu einer erhöhten Sterblichkeit bei niedrigen Temperaturen führt^[53]. Ältere Menschen sind auch durch Hitzebelastung überproportional gefährdet, insbesondere wenn sie unzureichend gekühlte Innenräume wegen eingeschränkter Mobilität nicht verlassen können^[3].

*Der WHO-Gesundheitsscore geht über die traditionellen Gesundheitsindikatoren Mortalität und Morbidität hinaus und berücksichtigt auch die Auswirkungen von Krankheiten und Beeinträchtigungen auf die Lebensqualität. Die Gesundheitsbereiche körperliche und psychische Gesundheit liegen auf einer Skala von 0-100, wobei höhere Werte eine höhere Lebensqualität bedeuten. Die Skalen basieren auf Selbstausskünften in Fragebögen.

05

Welche Maßnahmen wirken gegen Energiearmut?

Energieeffiziente Wohngebäude mit fossilfreien Heizsystemen sind ein zentraler struktureller Hebel gegen Energiearmut.

Maßnahmen gegen niedrige Energieeffizienz

Die Isolierung der Gebäudehülle sowie Fenster- und Heizungstausch mindern nicht nur den Energieverbrauch und damit die laufenden Heizkosten, sondern reduzieren zugleich gesundheitliche Benachteiligungen, verursacht durch Kälte, Schimmelbelastung, Fäulnis oder Feinstaub von Holzöfen ^{[15], [54]}. Dadurch wird eine strukturelle, langfristige Verbesserung erreicht, die unbeeinträchtigt von Schwankungen der Einkommenssituation und finanziellen Hilfen etc. ist ^[17].

Die Verbesserung der Energieeffizienz in Bestandsgebäuden erfordert hohe Investitionskosten, die sich erst über die Nutzungsdauer amortisieren. Staatliche Förderungen machen Gebäudesanierung und Heizungstausch für Haushalte finanziell attraktiver, doch die nötigen Vorabkosten stellen oft ein Hindernis dar. Sanierungs- und Kesseltauschförderungen können einen größeren Teil der Investitionskosten abdecken. Neben finanziellen Erwägungen spielen auch Anlassfälle wie technische Defekte, Umbauarbeiten oder Veränderungen in der Haushaltszusammensetzung eine wichtige Rolle für die Frage, ob und wann das Gebäude modifiziert wird ^{[55], [56]}. Menschen mit geringem Einkommen können das Kapital für Investitionen zur Verbesserung ihrer Wohnsituation nicht aufbringen. Nur 8 % der Personen mit geringem Einkommen haben einen Wohnungskredit, während es in der Gesamtbevölkerung 24 % sind ^[6]. Die Förderung „Sauber Heizen für alle“ deckt daher bei Haushalten im untersten Einkommensdrittel bis zu 100 % der Investitionskosten ab. Sanierungsförderungen werden jedoch vorrangig von Wohneigentümer:in-

nen der gut gebildeten Mittelschicht abgerufen, während armutsgefährdete Menschen überwiegend zur Miete wohnen ^[57]. Vermieter:innen haben kaum Anreize, um in ihre Gebäude zu investieren.

Bei Neubauten hingegen legt die OIB-Richtlinie zur Harmonisierung der bautechnischen Standards in Österreich strenge Niedrigenergie-Standards hinsichtlich Energieeffizienz und Energieträger des Heizsystems fest ^[58]. Als universelle Maßnahme kommen diese Gebäudestandards allen Menschen in Österreich und damit auch vulnerablen Gruppen zugute, sofern sie Zugang zum Neubau-Segment am Wohnungsmarkt haben und sich diese Wohnungen leisten können ^[11].

Eine umfassende Verbesserung des Gebäudebestands kann jedoch auch unerwünschte Nebeneffekte haben. Gentrifizierung nach Gebäuderenovierungen, urbane Begrünung oder bessere Verkehrsanbindung kann die Wohnpreise erhöhen und Personen mit geringem Einkommen in schlechtere Wohnverhältnisse verdrängen ^{[38], [59]}. Auch der sogenannte Rebound-Effekt ist relevant: Nach einer Sanierung oder einem Heizungstausch können 10-30 % der durch Effizienzgewinne eingesparten Energie durch verändertes Nutzungsverhalten ausgeglichen werden – etwa, weil sich Bewohner:innen nun leisten können, ihre Wohnräume auf eine höhere, angemessene Temperatur zu heizen ^[57].

Bei der Sanierung von größeren Wohnsiedlungen sehen Bewohner:innen mit niedrigem Einkommen den Ablauf der Planungs- und Bauphase kritischer als die technische Gestaltung und Finanzierung der Sanierung ^[60]. Partizipationsprozesse sollten daher entsprechend gestaltet werden.

„Energiesparen im Haushalt:
Beratung und Gerätetausch“
des Klima- und Energiefonds



<https://kea.gv.at/energiesparen-im-haushalt-beratung-und-geraetetausch/>

Kleinere Verbesserungen, die Betroffene eigenständig umsetzen können, sind das Abdichten undichter Fenster und das Abhängen von Fenstern und Türen mit dicken Vorhängen. Auch der Austausch alter ineffizienter Haushaltsgroßgeräte ist eine Maßnahme, welche die Energieeffizienz im Wohnraum verbessern kann. Das Förderprogramm „Energiesparen im Haushalt: Beratung und Gerätetausch“ des Klima- und Energiefonds bietet den kostenlosen Austausch von alten oder defekten Haushaltsgeräten gegen neue energieeffiziente Geräte. Getauscht werden Kühl- und Gefriergerät, Geschirrspüler, Herd oder Waschmaschine. Im Zeitraum 2023-2025 konnten knapp 12.700 Haushaltsgeräte getauscht werden und damit ca. 410 t CO₂ und fast 2 Mio. kWh pro Jahr eingespart werden*.

*<https://www.klimafonds.gv.at/energiesparen-im-haushalt/> (26.02.2025)

Wer zahlt für Sanierung?

Das Mieter:innen-Vermieter:innen-Dilemma

Verbesserungen der Wohnsituation unterbleiben oft wegen eines Interessenkonflikts: Mieter:innen bezahlen die laufenden Heizkosten, während Vermieter:innen die Investitionskosten tragen. Für Vermieter:innen besteht kein Anreiz für Investitionen, weil sie sowohl hohe bestehende Heizkosten als auch Einsparungen nach einer Energieeffizienzsteigerung direkt an die Mieter:innen weitergeben. Im Gegenzug lohnt es sich für (befristete) Mieter:innen nicht zu investieren, wenn ihnen nicht der Gegenwert ihrer Investition am Ende des Mietverhältnisses abgelöst wird. Lösungen wie erhöhte Reparaturrücklagen, temporäre Mietpreiserhöhungen oder Rückzahlung über gesparte Heizkosten erfordern klare rechtliche Rahmenbedingungen^[61].



Regelmäßige Tarifvergleiche können Energiekosten einsparen; solidarische Energiegemeinschaften, einkommensabhängige Tarife und Ratenzahlungsvereinbarungen können vulnerable Gruppen entlasten.

Maßnahmen gegen hohe Energiepreise

Tarifvergleich

Speziell für Haushalte, die seit über zwei Jahren nicht ihren Stromanbieter gewechselt haben, lohnt sich ein Tarifvergleich. Oft können mehrere hundert Euro eingespart werden^[62]. Der E-Control Tarifikalkulator erleichtert den Vergleich von Strom- und Gasangeboten. Da alle Anbieter ihre Tarife eintragen müssen, bietet er eine objektive Marktübersicht, um den günstigsten Tarif zu finden^[63].

Solidarische Energiegemeinschaften

In Energiegemeinschaften produzieren und nutzen Haushalte gemeinsam erneuerbare Energie. Innerhalb der solidarischen Gemeinschaft kann der produzierte Strom günstig an von Energiearmut Betroffene verkauft oder können Überschüsse gespendet werden^[64]. Die Energiegemeinschaft Österreich zum Beispiel sammelt überschüssige Energie von privaten Kraftwerksbetreibern und stellt diesen armutsgefährdete Haushalten kostenlos und Hilfsorganisationen zu einem geringen Tarif von 6 ct/kWh zur Verfügung. Derzeit ist eine Vollversorgung von über 100 Haushalten möglich^[65]. Auch die Energiegemeinschaft Robin Powerhood folgt diesem Prinzip und konnte seit der Gründung 2022 mehr als 140 Haushalte mit kostenloser, gespendeter Energie unterstützen^{*}.

Einkommensabhängige Tarife

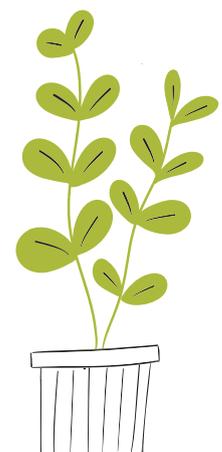
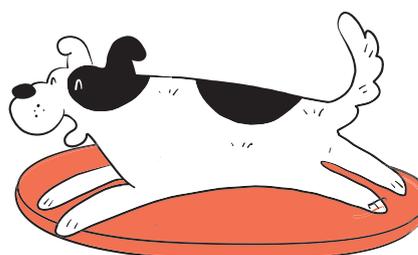
Gedeckelte Tarife können Preisobergrenzen bei Energiekosten für einkommensarme und vulnerable Haushalte (z. B. Pensionist:innen, Ein-Eltern-Familien) setzen, um eine leistbare Energieversorgung sicherzustellen. In einigen europäischen Ländern wie Belgien, Frankreich und Portugal gibt es eine gesetzliche Auflage für Energieversorgungsunternehmen, solche Tarife anzubieten. Dabei sind auch mehrere Preisstufen nach Betroffenheitsgrad möglich^[66].

Ratenzahlung für Energienachzahlungen

Seit Mai 2022 können Nachzahlungen aus Energiejahresabrechnungen in bis zu 18 Monatsraten beglichen werden^[67]. Für die Inanspruchnahme der Ratenzahlung dürfen keine zusätzlichen Kosten verrechnet werden. Teilzahlungen können Einkommensinstabilität abfedern, Nachzahlungen über einen längeren Zeitraum strecken und Abschaltungen vermeiden. Im Jahr 2023 haben ca. 2 % der Haushalte eine Ratenzahlung in Anspruch genommen. Der durchschnittliche Betrag der Nachzahlungen lag bei 2.080 €^[68].

^{*}<https://www.robin-powerhood.at/> (26.02.2025)

^{**}<https://wohnschirm.at/> (26.02.2025)



Unterstützungszahlungen können Energiearmut abfedern und kritische Phasen überbrücken, sie können Energiearmut aber nicht dauerhaft lindern.

Maßnahmen gegen niedriges Einkommen

Unterstützungszahlungen

Zuschüsse von den Bundesländern sowie Unterstützungsfonds von Energieversorgern und Hilfsorganisationen bieten eine Überbrückungshilfe für Betroffene, lösen aber keine strukturellen Probleme. Sie sind daher nicht geeignet, um Energiearmut langfristig zu senken. Der Anspruch auf einen Heizkostenzuschuss (jährlich 110-340 € je nach Bundesland) hängt länderspezifisch von Einkommensgrenzen oder Anspruchsberechtigung für andere Ausgleichszulagen ab^[66]. Zahlungen aus Unterstützungsfonds erfolgen anlassbezogen nach Prüfung der Einzelfälle. Bei Härtefällen, wo eine Abschaltung bereits angekündigt oder erfolgt ist, bietet der vom Sozialministerium finanzierte Wohnschirm Energie** kostenlose Beratung und finanzielle Unterstützung. Im Jahr 2023 hat der Wohnschirm rund 57.000 Haushalte finanziell unterstützt^[69].

Rückvergütung der CO₂-Steuer

Eine CO₂-Steuer erhöht auch die Heizkosten mit Öl-, Gas- oder Kohleheizungen. Der Klimabonus (2024: 145-290 €) entlastete Haushalte, die unverhältnismäßig stark von dieser Steuer betroffen sind. Die regionale Staffelung des Klimabonus richtete sich nach der öffentlichen Verkehrsanbindung. Es zeigt sich, dass eine Rückvergütung an die untersten Einkommensgruppen sozial treffsicherer ist und damit auch Energiearmutsbetroffene stärker entlasten würde^[70]. Im deutschen Modell einer Kostenaufteilung der CO₂-Steuer tragen Vermieter:innen einen umso höheren Anteil, je ineffizienter das Gebäude ist. Das entlastet Mieter:innen und setzt Anreize für Vermieter:innen, Heizsysteme zu tauschen. Geringverdienende profitieren besonders, da sie häufiger zur Miete und in ineffizienten Gebäuden wohnen^[71].



Helfen, bevor es zu Zahlungsverzügen kommt!

Energiearmut ist oft schambehaftet, wodurch sich viele Betroffene erst an Hilfsorganisationen wenden, wenn sie bereits mit Zahlungsrückständen konfrontiert sind. Die meisten Unterstützungsmaßnahmen sind daher reaktiv. Um frühzeitige Unterstützung zu ermöglichen, sind mehrsprachige Informationsangebote in Ämtern, Sozialmärkten oder direkt in unsanierten Wohnhäusern wichtig. Hilfreich sind auch aufsuchende und niederschwellige Beratungsangebote. Studien zeigen hier, dass geschulte Ehrenamtliche Informationen in ihren sozialen Umfeldern verteilen und so als lokale Multiplikator:innen wirken können^[45].

Verhaltensänderungen sollten auf Effizienz statt auf persönliche Einschränkungen fokussieren. Um den Energieverbrauch zu senken, braucht es ein Grundverständnis von Energie.

Verhaltensbezogene Maßnahmen

Effizienz statt Suffizienz

Verhaltensveränderungen sind der kleinste Hebel bei der Bekämpfung von Energiearmut, da betroffene Haushalte bereits gezwungen sind, ihren Energiekonsum im Alltag zu reduzieren und dafür oft elementare Bedürfnisse einschränken. Für Energieeffizienzmaßnahmen fehlt oft das Geld.

Anstelle von persönlichen Einschränkungen sind Beratungen wirksamer, wenn sie Betroffene in der Umsetzung energieeffizienter Lösungen unterstützen^[72]. Energieberatungen werden von Energieunternehmen, Sozialorganisationen und einigen Institutionen von Bund und Ländern angeboten und beraten u. a. zu Energieeinsparungsmöglichkeiten, Förderprogrammen und dem Wechsel zu günstigeren Energieanbietern^{[72], [73]}. Insbesondere wenn die Energieberatung mit dem Tausch von ineffizienten Haushaltsgeräten verknüpft wird, kann der Energieverbrauch verringert werden. Im Pilotprojekt gegen Energiearmut konnten durch Beratungen und Gerätetausch jährlich 177-616 kWh Endenergie pro Haushalt eingespart werden^[74]. Bei einem angenommenen Durchschnittspreis von 30 ct/kWh ergibt das Kosteneinsparungen von 53-184 €.

Energiebewusstsein

Energie und ihr Verbrauch sind abstrakte Konzepte, da sie nicht direkt erlebt werden, sondern in alltägliche Praktiken eingebettet sind. Um den eigenen Energieverbrauch zu erkennen und bewusst gegenzusteuern ist ein Grundverständnis des eigenen Energieverbrauchs nötig. Dabei können kürzere Rechnungsintervalle, Smart Meter oder Energiespar- oder Monitoring-Apps hilfreich sein. Verbrauchsfeedback ist gerade dann wirksam,

wenn es zeitnah, d. h. in möglichst kurzem Zeitabstand zum Verbrauchsverhalten, und kontinuierlich, d. h. regelmäßig über mehrere Wochen oder Monate hinweg, angeboten wird^[75]. Feedback durch Webportale oder Apps, in denen der persönliche Stromverbrauch in bis zu stündlicher Auflösung dargestellt wird, erreicht in der Gesamtbevölkerung Einsparungen um 5-10 %^[76]. Wirk-sames Verbrauchsfeedback setzt jedoch ein hohes Maß an Eigenverantwortung und Vorwissen voraus und kann für bereits mehrfachbelastete Haushalte eine Überforderung darstellen^[77].

Niedrigschwellige Beratungsangebote

Betroffenen fehlen oft die zeitlichen, sprachlichen und mentalen Ressourcen für eine detaillierte Recherche^[45]. Viele Menschen zögern, Energieberatungen in Anspruch zu nehmen, aus Scham und Angst, ein Beratungsbesuch in ihrer Wohnung könne eine Art „Kontrolle“ mit sich bringen^[78]. Nicht-professionelle lebensweltnahe Berater:innen werden oft als neutraler und vertrauenswürdiger wahrgenommen: das können ehrenamtliche Nachbarschaftshelfer:innen wie die Grätzeltern der Caritas Wien* oder geschulte Sozialarbeiter:innen** sein. Informationsworkshops, die sich sowohl an lokale Multiplikator:innen als auch an Betroffene richten, senken die Hemmschwelle zur Teilnahme, da sich Betroffene nicht als energiearm deklarieren müssen.

*<https://www.caritas-stadtteilarbeit.at/projekte/alle-projekte/graetzeltern/> (26.02.2025)

**<https://www.klimaaktiv.at/fachpersonen/weiterbildung/gebäude-und-energie/soziale-energieberatung> (28.02.2025)

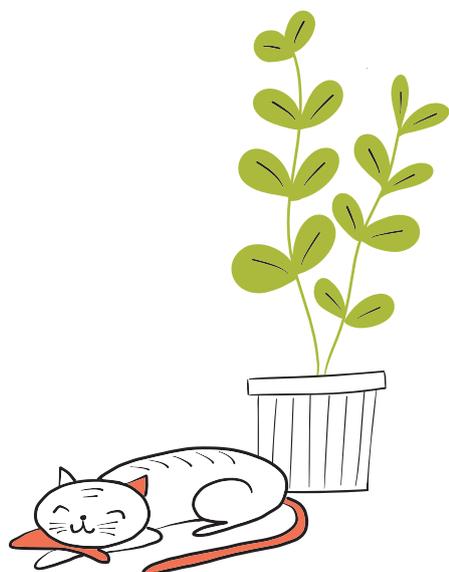


06 Wie können Haushalte unterstützt werden?

Akute Zahlungsschwierigkeiten

Bei finanziellen Schwierigkeiten ist die Verwaltungsbehörde in der Region die erste Anlaufstelle. Diese kann finanziell unterstützen und zu weiteren relevanten Hilfsleistungen beraten. Viele Sozialorganisationen bieten ebenfalls Beratung an und helfen beim Beantragen von Unterstützungsleistungen. Eine Übersicht zu Beratungsstellen in Ihrer Nähe ist auf der Webseite der Koordinierungsstelle zu Bekämpfung von Energiearmut (kurz: kea) finden.

Bei akuten Zahlungsschwierigkeiten besteht ein Recht auf Ratenzahlung. Das Recht auf Ratenzahlung erlaubt, Nachzahlungen aus Energiejahresabrechnungen in bis zu 18 Monatsraten aufzuteilen. Dafür dürfen keine zusätzlichen Kosten verrechnet werden. Viele Energieversorger haben Beratungsstellen für einkommensschwache Haushalte eingerichtet, über welche individuelle Lösungen gefunden werden können (und die mit Sozialorganisationen kooperieren).



Abschaltungen

Einer möglichen Stromabschaltung in Folge von Nichtzahlung der Energierechnungen, muss gemäß Rechtsanspruch ein qualifiziertes Mahnverfahren vorausgehen. Haushalte müssen mindestens zwei Mal schriftlich unter Einhaltung einer jeweils 14-tägigen Zahlungsfrist gemahnt werden. Die zweite Mahnung muss über einen eingeschriebenen Brief erfolgen.

Für Strom und Gas gibt es die Pflicht zur Grundversorgung. Der Anspruch auf Grundversorgung ermöglicht eine rasche Wiedereinschaltung der Anlage bzw. die Abwendung einer Abschaltung, hierbei handelt es sich jedoch nicht automatisch um den günstigsten Tarif und bestehende Schulden bleiben weiterhin bestehen.

Bei Schwierigkeiten mit dem Energielieferanten unterstützt die E-Control (neutral und unabhängig). Mit dem Tarifikalkulator der E-Control besteht für einen Wechsel ein neutrales Tool zum Vergleich der Preise, Tarife und Energielieferant: innen in Österreich. Auch die Arbeiterkammer oder die Schlichtungsstelle für Verbraucher:innen können akut unterstützen.

Konkrete Angebote

Zur Verringerung der Energiekosten gibt es neben Energiespartipps auch Förderungen und Unterstützungsleistungen für energiearme Haushalte des Bundes, wie etwa Förderungen für Energieberatung, Heizungstausch oder Tausch alter ineffizienter Geräte. Auf der kea-Webseite sind diese immer aktuell aufgelistet, beschrieben und verlinkt.

Die Koordinierungsstelle zur Bekämpfung von Energiearmut (kurz kea) bietet auf der Webseite www.kea.gv.at laufend Informationen zum Thema Energiearmut, Unterstützungsleistungen und Ressourcen für Haushalte, Sozialorganisationen, Energieunternehmen und Gebietskörperschaften. Sollten Sie oder Ihre Organisation mit uns gemeinsam Schritte zur Bekämpfung von Energiearmut setzen wollen, setzen sie sich gern mit uns unter kea@klimafonds.gv.at in Verbindung.

Mehr Informationen zur
Koordinierungsstelle zur
Bekämpfung von
Energiearmut:

www.kea.gv.at



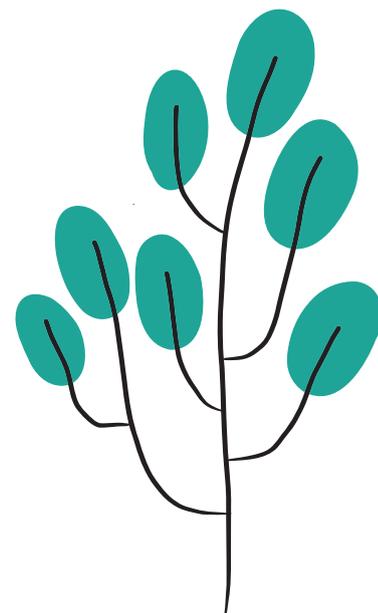
Quellenverzeichnis

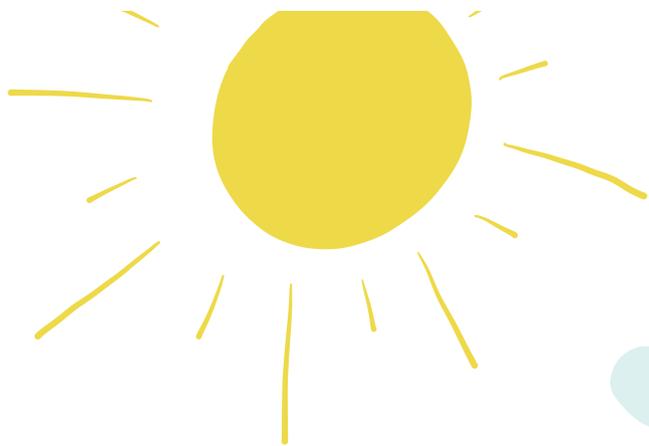
- [1] Bundesministerium für Klimaschutz, Umwelt, Energie, Mobilität, Innovation und Technologie (BMK): „Perspektiven armutsbetroffener Menschen auf die Klimakrise: Wege zu einer armutssensiblen Klimakommunikation“, Wien 2024.. Accessed: Feb. 25, 2025. [Online]. Available: https://www.bmk.gv.at/themen/klima_umwelt/nachhaltigkeit/just-transition/klimakrise-armut.html
- [2] A. Egger et al., “Ökosozialstaat – Handlungsfelder eines ökologisch nachhaltigen Sozialstaats,” in Sozialbericht 2024. Band II Sozialpolitische Analysen.; Bundesministerium für Soziales Gesundheit Pflege und Konsumentenschutz, 2024, ch. 2.
- [3] Austrian Panel on Climate Change (APCC), Special Report Gesundheit, Demographie und Klimawandel (ASR18). Wien: Verlag der OAW, 2018.
- [4] K. R. van Daalen et al., “The 2024 Europe report of the Lancet Countdown on health and climate change: unprecedented warming demands unprecedented action,” *Lancet Public Health*, vol. 9, no. 7, pp. e495–e522, Jul. 2024, doi: 10.1016/S2468-2667(24)00055-0.
- [5] Austrian Panel on Climate Change (APCC), Special Report: Strukturen für ein klimafreundliches Leben. Summary for Policymakers. Berlin, Heidelberg: Springer Spektrum, 2023.
- [6] N. Lamei et al., “Lebensbedingungen, Armut und soziale Ausgrenzung,” in Sozialbericht 2024: Band II Sozialpolitische Analysen, Wien: Bundesministerium für Soziales Gesundheit Pflege und Konsumentenschutz, 2024, ch. 1.
- [7] A. Eisner, V. Kulmer, and D. Kortschak, “Distributional effects of carbon pricing when considering household heterogeneity: An EASI application for Austria,” *Energy Policy*, vol. 156, p. 112478, Sep. 2021, doi: 10.1016/J.ENPOL.2021.112478.
- [8] Budgetdienst des Parlaments, “Verteilung einer CO₂-Steuer auf Haushaltsebene.,” Anfragebeantwortung (Abg Bruno Rossmann, JETZT), Aug. 2019, Accessed: Feb. 28, 2025. [Online]. Available: <https://www.parlament.gv.at/fachinfos/budgetdienst/Verteilungswirkungen-einer-CO2-Steuer-auf-Haushaltsebene>
- [9] United Nations (UN), “Transforming our world: The 2030 Agenda for Sustainable Development,” 2015. [Online]. Available: https://www.un.org/en/ga/search/view_doc.asp?symbol=A/RES/70/1
- [10] European Union, Europäische Sozialcharta (ESC). 1996. Accessed: Feb. 28, 2025. [Online]. Available: <https://www.coe.int/de/web/conventions/full-list?module=treaty-detail&treatynum=163>
- [11] S. Seebauer, A. Lückl, J. Köberl, and V. Kulmer, “Soziale Folgen des Klimawandels in Österreich,” Wien, 2021.
- [12] World Bank, Pathways out of the polycrisis. Poverty, Prosperity and Planet Report 2024. 2024.
- [13] S. Seebauer, M. Friesenecker, and K. Eisfeld, “Integrating climate and social housing policy to alleviate energy poverty: an analysis of targets and instruments in Austria,” *Energy Sources, Part B: Economics, Planning, and Policy*, vol. 14, no. 7–9, pp. 304–326, Sep. 2019, doi: 10.1080/15567249.2019.1693665.
- [14] W. Haas, C. Lampl, E. Aigner, and A. E. Schmidt, “Climate Mainstreaming: Climate and health policy,” *Foundation of European Progressive Studies*, Feb. 2023, Accessed: Feb. 25, 2025. [Online]. Available: https://www.researchgate.net/publication/368396610_Climate_Mainstreaming_Climate_and_health_policy
- [15] E. Aigner, K. Brugger, H. Lichtenberger, J. Ranftler, and A. E. Schmidt, “Multiple Belastungen: Analyse von Gesundheit, Wohn- und Lebensbedingungen von Armut betroffener Familien im Winter 2022/2023,” 2023.
- [16] A. Zechmeister et al., “Klimaschutzbericht 2023,” Wien, 2023.
- [17] Europäische Kommission, Empfehlung (EU) 2023/2407, Energiearmut. 2023. Accessed: Feb. 26, 2025. [Online]. Available: <https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/?uri=CELEX%3A32023H2407&lang1=DE&from=EN&lang3=choose&lang2=choose&csrf=eefbb185-5148-488a-a347-0ab3c7a3fc27>
- [18] Europäisches Parlament und Rat, Verordnung (EU) 2018/1999, Governance-System für die Energieunion und für den Klimaschutz. 2018. Accessed: Feb. 26, 2025. [Online]. Available: <https://eur-lex.europa.eu/eli/reg/2018/1999/oj?eliuri=eli%3Areg%3A2018%3A1999%3Aoj&locale=de>
- [19] Europäisches Parlament und Rat, Richtlinie (EU) 2024/1275, Gesamtenergieeffizienz von Gebäuden. 2024. Accessed: Feb. 25, 2025. [Online]. Available: https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/PDF/?uri=OJ:L_202401275
- [20] Europäisches Parlament und Rat, Richtlinie (EU) 2023/1791, Energieeffizienz. 2023. Accessed: Feb. 20, 2025. [Online]. Available: <https://eur-lex.europa.eu/eli/dir/2023/1791/oj>
- [21] Europäisches Parlament und Rat, Verordnung (EU) 2023/955, Klima-Sozialfond. 2023. Accessed: Feb. 26, 2025. [Online]. Available: <https://eur-lex.europa.eu/DE/legal-content/summary/social-climate-fund.html?fromSummary=20>
- [22] C. Andronic et al., “erREICHbar - Soziale und räumliche Abschätzung Österreichs Betroffener von Mobilitätsarmut,” Wien, 2024. Accessed: Feb. 28, 2025. [Online]. Available: https://www.klimafonds.gv.at/wp-content/uploads/2024/09/erREICHbar_Bericht_final.pdf
- [23] S. L. Cutter, B. J. Boruff, and W. L. Shirley, “Social Vulnerability to Environmental Hazards*,” *Soc Sci Q*, vol. 84, no. 2, pp. 242–261, Jun. 2003, doi: 10.1111/1540-6237.8402002.
- [24] D. Charlier and B. Legendre, “Energy Poverty and Health Pathologies: An Empirical Study on the French Case,” pp. 59–87, 2023, doi: 10.1007/978-3-031-35684-1_4.

- [25] Public Health England, “Local action on health inequalities: Fuel Poverty and Cold Home-related Health Problems,” *Health Equity Evidence Review* 7, no. September, 2014.
- [26] Bundesministerium für Klimaschutz Umwelt Energie Mobilität Innovation und Technologie, “Integrierter nationaler Energie- und Klimaplan für Österreich Periode 2021-2030,” Dec. 2024.
- [27] Europäisches Parlament und Rat, Verordnung (EU) 2018/1999, Governance-Verordnung. 2018. Accessed: Feb. 20, 2025. [Online]. Available: <https://eur-lex.europa.eu/eli/reg/2018/1999/oj>
- [28] Europäisches Parlament und Rat, Richtlinie (EU) 2019/944, Artikel 3 und 28, Elektrizitätsbinnenmarkt. 2019. Accessed: Feb. 20, 2025. [Online]. Available: <https://eur-lex.europa.eu/eli/dir/2019/944/oj>
- [29] A. Wegschneider-Pichler, N. Lamei, and J. Gußenbauer, Dimensionen der Energiearmut in Österreich 2021/22. Wien: Statistik Austria, 2024.
- [30] E-Control Austria, “Energiearmut in Österreich: Definitionen und Indikatoren,” Wien, 2013.
- [31] Europäische Kommission, Empfehlung (EU) 2020/1563, Energiearmut. 2020. Accessed: Feb. 20, 2025. [Online]. Available: <https://eur-lex.europa.eu/eli/reco/2020/1563/oj/eng>
- [32] EPAH, “Energy Poverty National Indicators: Insights for a More Effective Measuring ,” 2022, Accessed: Feb. 20, 2025. [Online]. Available: <https://energy-poverty.ec.europa.eu/observatory/publications/epah-energy-poverty-national-indicators-insights-more-effective-measuring>
- [33] K. Heitzmann and S. Matzinger, “Definitionen von Energiearmut in Österreich aus Sicht der sozialwirtschaftlichen und energiewirtschaftlichen Praxis,” Wien, Sep. 2018. Accessed: Feb. 19, 2025. [Online]. Available: <https://research.uu.ac.at/de/projects/definitionen-von-energiearmut-in-%C3%B6sterreich-aus-sicht-der-sozialw-4>
- [34] N. Lamei and L. Wittmann, “Zur Kohärenz zwischen EU-SILC und „So geht’s uns heute“,” Wien, Jun. 2024. Accessed: Feb. 20, 2025. [Online]. Available: https://www.statistik.at/fileadmin/pages/1818/Kohaerenz_EU-SILC_SG_V2.pdf
- [35] Statistik Austria, “Standard-Dokumentation. Stichprobenerhebung Energieeinsatz der Haushalte 2003-2018,” 2020. Accessed: Feb. 20, 2025. [Online]. Available: <https://www.statistik.at/statistiken/energie-und-umwelt/energie/energieeinsatz-der-haushalte>
- [36] Statistik Austria, “Standard-Dokumentation EU-SILC 2023,” 2024. Accessed: Feb. 20, 2025. [Online]. Available: <https://www.statistik.at/statistiken/bevoelkerung-und-soziales/einkommen-und-soziale-lage/haushaltseinkommen>
- [37] Statistik Austria, “Soziale Krisenfolgen. Standard-Dokumentation ”So geht’s uns heute“,” 2024. Accessed: Feb. 20, 2025. [Online]. Available: <https://www.statistik.at/statistiken/bevoelkerung-und-soziales/einkommen-und-soziale-lage/soziale-krisenfolgen>
- [38] B. K. Sovacool, “Fuel poverty, affordability, and energy justice in England: Policy insights from the Warm Front Program,” *Energy*, vol. 93, pp. 361–371, Dec. 2015, doi: 10.1016/J.ENERGY.2015.09.016.
- [39] A. Wegschneider-Pichler and A. Kowarik, *Haushaltsenergie und Einkommen mit besonderem Fokus auf Energiearmut*. Wien: Statistik Austria, 2017.
- [40] P. Heindl, P. Kanschik, and R. Schüssler, “Anforderungen an Energiearmutsmaße,” in *Energie und soziale Ungleichheit*, 2017. doi: 10.1007/978-3-658-11723-8_9.
- [41] Statistik Austria, “So geht’s uns heute: Tabellenband Wellenvergleiche 1-12,” Wien, Nov. 2024.
- [42] Statistik Austria, “Tabellenband EU-SILC 2022,” Wien, Apr. 2023.
- [43] K. Großmann, “Energiearmut als multiple Deprivation vor dem Hintergrund diskriminierender Systeme,” *Energie und soziale Ungleichheit*, pp. 55–78, 2017, doi: 10.1007/978-3-658-11723-8_2.
- [44] K. Eisfeld and S. Seebauer, “The energy austerity pitfall: Linking hidden energy poverty with self-restriction in household use in Austria,” *Energy Res Soc Sci*, vol. 84, p. 102427, Feb. 2022, doi: 10.1016/J.ERSS.2021.102427.
- [45] M. Chahrouh and A. Larcher, “Betroffen von der Klimakrise,” Wien, Jul. 2024. Accessed: Jan. 31, 2025. [Online]. Available: https://www.volksbilfe.at/wp-content/uploads/2024/09/Endbericht_Studie-VH_BMK_Betroffen-von-der-Klimakrise_2024.pdf
- [46] N. Simcock, J. Frankowski, and S. Bouzarovski, “Rendered invisible: Institutional misrecognition and the reproduction of energy poverty,” *Geoforum*, vol. 124, 2021, doi: 10.1016/j.geoforum.2021.05.005.
- [47] E. Lacroix and C. Chaton, “Fuel poverty as a major determinant of perceived health: The case of France,” *Public Health*, vol. 129, no. 5, 2015, doi: 10.1016/j.puhe.2015.02.007.
- [48] W. Lahaye, A. Sibeni, and F. Bartiaux, “Leven in energiekwetsbaarheid: voortdurend hoofdrekken en beperkte mogelijkheden,” 2016.
- [49] H. Thomson, C. Snell, and S. Bouzarovski, “Health, Well-Being and Energy Poverty in Europe: A Comparative Study of 32 European Countries,” *Int J Environ Res Public Health*, vol. 14, no. 6, Jun. 2017, doi: 10.3390/IJERPH14060584.
- [50] R. Mould and K. J. Baker, “Documenting fuel poverty from the householders’ perspective,” *Energy Res Soc Sci*, vol. 31, pp. 21–31, Sep. 2017, doi: 10.1016/J.ERSS.2017.06.004.

- [51] M. K. Varga, H. Moshhammer, and O. Atanyazova, “Childhood asthma and mould in homes—A meta-analysis,” *Wien Klin Wochenschr*, vol. 137, no. 3, pp. 79–88, Jul. 2024, doi: 10.1007/S00508-024-02396-4/TABLES/3.
- [52] S. Paierl and P. Stoppacher, “Armut in Graz: Erster Armutsbericht der Stadt Graz,” Graz, Jun. 2010.
- [53] N. Reibling and R. Jutz, “Energiearmut und Gesundheit,” *Energie und soziale Ungleichheit*, pp. 157–184, 2017, doi: 10.1007/978-3-658-11723-8_6.
- [54] International Energy Agency, “Capturing the Multiple Benefits of Energy Efficiency,” 2014. Accessed: Feb. 25, 2025. [Online]. Available: <https://www.iea.org/reports/multiple-benefits-of-energy-efficiency-2015>
- [55] C. Wilson, L. Crane, and G. Chrysoschoidis, “Why do homeowners renovate energy efficiently? Contrasting perspectives and implications for policy,” *Energy Res Soc Sci*, vol. 7, pp. 12–22, May 2015, doi: 10.1016/J.ERSS.2015.03.002.
- [56] M. Hecher, S. Hatzl, C. Knoeri, and A. Posch, “The trigger matters: The decision-making process for heating systems in the residential building sector,” *Energy Policy*, vol. 102, pp. 288–306, Mar. 2017, doi: 10.1016/J.ENPOL.2016.12.004.
- [57] S. Seebauer, “The psychology of rebound effects: Explaining energy efficiency rebound behaviours with electric vehicles and building insulation in Austria,” *Energy Res Soc Sci*, vol. 46, pp. 311–320, 2018, doi: 10.1016/j.erss.2018.08.006.
- [58] Österreichisches Institut für Bautechnik (OIB), OIB-Richtlinie 6: Energieeinsparung und Wärmeschutz. 2023. Accessed: Feb. 26, 2025. [Online]. Available: <https://www.oib.or.at/de/oib-richtlinien/richtlinien/2023/oib-richtlinie-6>
- [59] A. Rigolon and J. Németh, “Toward a socioecological model of gentrification: How people, place, and policy shape neighborhood change,” *J Urban Aff*, vol. 41, no. 7, pp. 887–909, Oct. 2019, doi: 10.1080/07352166.2018.1562846.
- [60] S. Seebauer, “How to make building renovation work for low-income renters: Preferences for distributional principles and procedural options in Austria,” *Energy Res Soc Sci*, vol. 82, p. 102270, Dec. 2021, doi: 10.1016/J.ERSS.2021.102270.
- [61] L. Castellazzi, P. Bertoldi, and M. Economidou, *Overcoming the split incentive barrier in the building sectors: unlocking the energy efficiency potential in the rental & multifamily sectors*. Publications Office of the European Union, 2017. [Online]. Available: <https://op.europa.eu/en/publication-detail/-/publication/abcd1234>
- [62] C. Schöllgen and S. Kosbab, “Energiesperren vermeiden, Energiearmut lindern,” *Energie und soziale Ungleichheit*, pp. 475–489, 2017, doi: 10.1007/978-3-658-11723-8_18.
- [63] E-Control, “Tarifkalkulator.” Accessed: Feb. 19, 2025. [Online]. Available: <https://www.e-control.at/unsere-services/tarifkalkulator>
- [64] Österreichische Koordinationsstelle für Energiegemeinschaften, “Solidarische Energiegemeinschaften.” Accessed: Feb. 19, 2025. [Online]. Available: <https://energiegemeinschaften.gv.at/solidarische-energiegemeinschaften/>
- [65] Energiegemeinschaft Österreich, “Energiegemeinschaft Österreich.” Accessed: Feb. 19, 2025. [Online]. Available: <https://energiespenden.at/>
- [66] S. Pye, A. Dobbins, C. Baffert, J. Brajković, P. Deane, and R. De Miglio, “Addressing Energy Poverty and Vulnerable Consumers in the Energy Sector Across the EU,” *L’Europe en Formation*, vol. n° 378, no. 4, 2016, doi: 10.3917/eufor.378.0064.
- [67] RIS, “Ratenzahlungs-Verordnung.” Accessed: Feb. 19, 2025. [Online]. Available: <https://ris.bka.gv.at/geltendefassung.wxe?abfrage=bundesnormen&gesetzesnummer=20011895&fassungvom=2022-05-12&ShowPrintPreview=True>
- [68] E-Control Austria, “Evaluation der sozialen Treffsicherheit von Ratenzahlungsvereinbarungen bei Strom 2024,” Feb. 2024. Accessed: Feb. 19, 2025. [Online]. Available: <https://www.e-control.at/publikationen/fachpublikationen-endkunden/berichte>
- [69] Bundesministerium für Soziales Gesundheit Pflege und Konsumentenschutz (BMSGPK), “60 Millionen Euro zusätzlich für den WOHNschirm.” Accessed: Feb. 19, 2025. [Online]. Available: <https://www.sozialministerium.at/Services/Neuigkeiten-und-Termine/Archiv-2024/aufstockung-wohnschirm.html>
- [70] M. Kirchner, M. Sommer, K. Kratena, D. Kletzan-Slamanig, and C. Kettner-Marx, “CO₂ taxes, equity and the double dividend – Macroeconomic model simulations for Austria,” *Energy Policy*, vol. 126, pp. 295–314, Mar. 2019, doi: 10.1016/J.ENPOL.2018.11.030.
- [71] J. Toelgyes, “CO₂-Steuer zwischen Vermietern und Mietern teilen,” *Momentum Institut*. Accessed: Feb. 19, 2025. [Online]. Available: <https://www.momentum-institut.at/news/co2-steuer-kostenteilung/>
- [72] K.-M. Brunner, A. Christanell, and S. Mandl, “Energiearmut in Österreich: Erfahrungen, Umgangsweisen und Folgen,” in *Energie und soziale Ungleichheit*, 2017. doi: 10.1007/978-3-658-11723-8_5.
- [73] G. Benke, M. Appel, M. Varga, P. Fernández de la Hoz, and K. Leutgöb, “Energieeffizienzmaßnahmen in einkommensschwachen Haushalten: Rahmenbedingungen und Pilotprojekte in Österreich und im Ausland,” Wien, 2011.
- [74] A. Christanell et al., “Pilotprojekt gegen Energiearmut: Durchführung, Evaluation und Programm gegen Energiearmut,” Wien, Jun. 2014.
- [75] W. Abrahamse, L. Steg, C. Vlek, and T. Rothengatter, “A review of intervention studies aimed at household energy conservation,” *J Environ Psychol*, vol. 25, no. 3, pp. 273–291, Sep. 2005, doi: 10.1016/J.JENVP.2005.08.002.
- [76] S. Darby, “The effectiveness of feedback on energy consumption: a review for DEFRA of the literature on metering, billing and direct displays,” *Environmental Change Institute, University of Oxford*, 2006.
- [77] T. Berger, “Energie prepaid,” *Energie und soziale Ungleichheit*, pp. 403–424, 2017, doi: 10.1007/978-3-658-11723-8_15.

- [78] L. Löbe and H. Sinning, "Energiekonsumverhalten privater Haushalte und energieeffiziente Bestandsentwicklung," in *Energie und soziale Ungleichheit*, 2017. doi: 10.1007/978-3-658-11723-8_25.
- [79] E-Control Austria, "Konsument:innenschutzbericht 2024," Wien, 2024. Accessed: Feb. 19, 2025. [Online]. Available: https://www.e-control.at/publikationen/fachpublikationen-endkunden/berichte#p_p_id_com_liferay_journal_content_web_portlet_JournalContent-Portlet_INSTANCE_Bpb0fsEAoM7q_
- [80] Koordinierungsstelle zur Bekämpfung von Energiearmut, „Monitoringkonzept zur Messung von Energiearmut in Österreich. Detaillierte Darstellung der ausgewählten Indikatoren“, Wien, Feb. 2025. [Online]. Available: <https://kea.gv.at/infothek/infos-zu-energiearmut/>





Weitere Informationen



Umfangreiche Informationen zur Arbeit der Koordinierungsstelle zur Bekämpfung von Energiearmut, Beratungs- und Unterstützungsangeboten für betroffene Haushalte sowie wichtige Informationen und Updates zum Thema Energiearmut sind unter www.kea.gv.at zu finden.

Impressum

Eigentümer, Herausgeber und Medieninhaber

Klima- und Energiefonds
Leopold-Ungar Platz 2 Stiege 1/4.OG / Top 142
1190 Wien
www.klimafonds.gv.at

Inhaltliche Ausarbeitung

Sebastian Seebauer (Joanneum Research Forschungsgesellschaft mbh)
Lilli Frei (Joanneum Research Forschungsgesellschaft mbh)
Caroline Nwafor (Koordinierungsstelle zur Bekämpfung von Energiearmut)
Anna Wagner (Koordinierungsstelle zur Bekämpfung von Energiearmut)

Inhaltliche Mitwirkung

Hans Peter Ellmer (Joanneum Research Forschungsgesellschaft mbh)
Aaron Bartsch (Koordinierungsstelle zur Bekämpfung von Energiearmut)

Gestaltung

Brokkoli Advertising Network

Druck

Weitsprung Werbe und Vertriebs GmbH





